

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Perspektiven der Reinigungsdienste**

Die öffentliche Hand nimmt in ihrer Rolle als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion wahr. In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um „gute Arbeitsplätze“ kommt gerade dem Reinigungsbereich eine besondere Bedeutung zu, da dieser Bereich verstärkt durch Beschäftigungsverhältnisse des Niedriglohnssektors geprägt wird. Mit der Neustrukturierung der Innenreinigung wird das Ziel verfolgt, für den Bereich der öffentlichen Liegenschaften dieser Vorbildfunktion besser nachzukommen. So sollen faire Arbeitsbedingungen und Existenz sichernde Einkünfte für die Beschäftigten gesichert werden, ohne dass wirtschaftliche Betrachtungen unberücksichtigt bleiben.

Der Bereich der öffentlichen Liegenschaften des Landes Bremen hat in den letzten Jahren eine Reihe von Umstrukturierungen durchlaufen. Auch die von der Großen Koalition erfolgte privatrechtliche Ausgliederung in Form des GmbH-Modells hat nicht zu den erhofften Erfolgen u. a. im Hinblick auf klare Kompetenzabgrenzungen und Verantwortlichkeiten, Vermeidung von Doppelarbeiten und Arbeitszufriedenheit bei den in diesem Bereich Beschäftigten geführt. Im Zuge der von der rot-grünen Regierungskoalition unternommenen organisatorischen Neustrukturierung des Gebäude- und Immobilienmanagements wird das GmbH-Modell in die Form einer Anstalt öffentlichen Rechts überführt.

Mit der Zusammenführung der Hausmeister- und Reinigungsdienste in der Anstalt für Immobilienaufgaben wird ein erster wichtiger Schritt getan, um der Eigenreinigung in Bremen eine dauerhafte Perspektive zu geben. In diese Anstalt für Immobilienaufgaben werden die bisher dezentral in den Ressorts beschäftigten Reinigungskräfte übergehen. Die Hausmeisterdienstleistungen sind bereits zentral gebündelt.

Von der Zusammenführung der Reinigungskräfte und der Steuerung der Facilityleistungen aus einer Hand werden Effizienzsteigerungen und Synergieeffekte bei der Bewirtschaftung der öffentlichen Gebäude und eine größere Zufriedenheit der Nutzer und Nutzerinnen erwartet. Auch wird damit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten erzielt werden können, beispielsweise durch bessere Vertretungsregelungen oder durch die nunmehr mögliche modernere Ausstattung mit Maschinen und Geräten.

Um die angestrebten Ziele zu erreichen, sind jedoch weitere unterstützende Rahmenbedingungen nötig. Dies betrifft insbesondere die Preisgestaltung der Reinigungsleistungen, die Finanzierung der Overhead- und Anlaufkosten und die mögliche Einbeziehung der Betriebe und Gesellschaften. Für die Fremdvergabe sind darüber hinaus tarifvertragliche Regelungen und die Einhaltung verbindlicher Sozialstandards (beispielsweise durch Kontrollen) zu gewährleisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Anstalt für Immobilienaufgaben ihre Arbeit aufnimmt, ein Konzept für die zentrale Organisation der Reinigung zu erarbeiten;

2. die Auslastung der Reinigungskapazitäten der Anstalt für Immobilienaufgaben sicherzustellen. Die entsprechenden Vorschläge sind der Bremischen Bürgerschaft zu den Haushaltsberatungen 2010/2011 vorzulegen;
3. der Bürgerschaft (Landtag) über die ergriffenen und geplanten Maßnahmen bis zum März 2009 zu berichten.

Uta Kummer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis90/Die Grünen